



Das Mittelbayerische Reha-Zentrum in Bad Kötzing schlägt Alarm: Der Bund hat alle Corona-Hilfen gestrichen, die Schutzmaßnahmen bleiben aber bestehen. Gleichzeitig steigen die Energiepreise und der Personalmangel spitzt sich zu. Fotos: Jürgen Hirtreiter

„Politik lässt Rehakliniken im Stich“

Corona ist noch nicht vorbei, aber die letzten verbliebenen Corona-Hilfen sind gestrichen worden. Viele Einrichtungen befürchten nun eine wirtschaftliche Schieflage

Von Jürgen Hirtreiter

Bad Kötzing. Die Rehakliniken schlagen Alarm. Die Streichung von Corona-Hilfen und Ausgleichszahlungen durch den Bund und die steigenden Energie- und Lebensmittelkosten stellen die Einrichtungen vor große finanzielle Herausforderungen. „Die Bundespolitik lässt die Rehakliniken im Stich. Wenn hier nicht umgesteuert wird, droht vielen Häusern das Aus“, sagt Raphael Nguyen, Geschäftsführer des Mittelbayerischen Reha-Zentrums.

Bavaria-Rehaklinik in Freyung schließt

Raphael Nguyen ist ein besonnener Mann, der seine Worte stets mit Bedacht wählt. Wie die Politik in Berlin momentan aber mit der Branche umspringt, kann er nicht mehr nachvollziehen. Erste Kliniken, so sagt er, hätten schon Insolvenz angemeldet: die angesehene Rehaklinik im hessischen Bad Salzschlirf etwa oder eine Einrichtung in Bad Driburg in Nordrhein-Westfalen. Ende Juni habe die Bavaria-Rehaklinik in Freyung angekündigt, dass sie Ende September schließen werde. Von dem Aus seien 200 Mitarbeiter betroffen. „Die Lage ist tatsächlich ernst“, sagt er.

Die Rehakliniken halten seit zwei Jahren die Versorgung der Patienten

aufrecht. Masken, Tests, kleinere Gruppen, Abstand bei Therapie und im Speisesaal, Einzelzimmerbelegung, Isolation bei positiven Fällen: All das kostet Geld und führt zu Mindererträgen, weil deutlich weniger Patienten aufgenommen werden können. Seit Juli bekommen die Einrichtungen keinen Ausgleich mehr für die Mehrkosten und Ausfälle, die durch die Pandemie entstehen. Und: Einen großen Teil der Hilfen, den sie über das sogenannte Sozialdienstleistungsgesetz bekommen haben, müssen sie sogar wieder zurückzahlen.



Raphael Nguyen

Personalmangel und eine hohe Inflation

Verschärft wird die Lage durch Personalmangel im Gesundheitsbereich und die hohe Inflation mit steigenden Preisen. „Das halten viele Kliniken nicht lange aus“, sagt Raphael Nguyen und nennt ein Beispiel: „Auch unser Haus wird mit Gas versorgt. Wir haben keine langfristigen Verträge, sondern kaufen

täglich zum aktuellen Börsenpreis ein. Allein da explodieren die Kosten.“

Der Geschäftsführer kritisiert vor allem, dass die bestehenden Hilfen nicht über Juni hinaus verlängert wurden, obwohl die Einrichtungen wegen der Corona-Schutzmaßnahmen weiter nicht mit voller Kapazität arbeiten können. „Wir müssen weiter mit geringerer Belegung arbeiten und bekommen dafür keinen Ausgleich mehr.“

Raphael Nguyen sieht die Gesundheit von Millionen Menschen in Deutschland in Gefahr, wenn Reha- und Vorsorgeleistungen nicht mehr in vollem Umfang durchgeführt werden könnten. „Reha ist keine Kur. Bei einer Reha werden Patienten wieder fit für den Alltag oder den Beruf gemacht“, sagt er. Werden die Rehastrukturen in Deutschland von der Politik zerstört, kämen weitaus höhere Kosten auf die Versicherungsträger und damit auf die Allgemeinheit zu. „Die Politik hat bereits angekündigt, dass die Sozialbeiträge für alle Arbeitnehmer kommenden Jahr deutlich steigen werden. Wenn wir im Gegenzug die Rehabilitation kaputtsparen, können kranke Arbeitnehmer nicht mehr rehabilitiert werden und dementsprechend auch nicht mehr als Beitragszahler zur Verfügung stehen. Sie werden dann als Leistungsempfänger der Erwerbsminder-

rungsrente weiteres Geld aus dem Sozialsystem ziehen.“ Der Geschäftsführer bezeichnet die Streichung der Ausgleichsleistungen für Rehakliniken daher als kurzsichtige Entscheidung.

Pflegebedürftigkeit der Patienten vermeiden

In vielen Kliniken, auch in Bad Kötzing, wird geriatrische Reha angeboten. „Dieses Angebot kann man nicht hoch genug schätzen. Geriatrische Reha hilft, die Pflegebedürftigkeit der Patienten zu vermeiden und spart damit den Pflegekassen viel Geld“, sagt er.

Über die Gründe, warum die Politik die Rehakliniken wieder einmal stiefmütterlich behandelt, kann Nguyen nur spekulieren. Da bei den Rehakliniken Krankenkassen und Rentenversicherungsträger die Kosten übernehmen, sind sowohl das Bundesgesundheitsministerium als auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wichtige Ansprechpartner bei wichtigen Entscheidungen. Bei der Abstimmung von Gesetzesvorhaben hakt es offenbar immer wieder mal zwischen den beiden Ministerien. Aktuell spielen vor allem Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt eine Rolle. Denn bis zuletzt hatte die Branche noch Hoffnung: Das Bundesgesundheitsministerium hatte in einer Formulierungshilfe für den Entwurf des neuen Covid-Schutzgesetzes noch den Ausgleich von Mindererlösen und Mehrkosten vorgesehen. In der Gesetzesvorlage, die vor wenigen Tagen im Bundestag beraten wurde, war davon aber nichts mehr zu finden.

Kliniken laufen bundesweit Sturm

Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Krankenkassen und Rentenversicherungen in den Pandemie-jahren 2020 und 2021 bereits 1,5 Milliarden Euro weniger für Rehabilitationsleistungen ausgegeben haben, sei eine weitere Kürzung nicht nachzuvollziehen. Auch die hohe Inflation findet in den Preissetzungen der Kostenträger bislang keine Berücksichtigung. „Bundesweit appellieren Rehakliniken und Verbände an die Regierungsfaktionen im Bundestag, diesen Fehler zu korrigieren. Die Hoffnung stirbt also zuletzt“, so der Geschäftsführer. Momentan aber ist der Bundestag aber erst mal in der parlamentarischen Sommerpause.

Der Ball liegt in Berlin

Der Druck steigt. Landauf, landab wenden sich Klinikdirektoren und Geschäftsführer in Hilferufen und Appellen an Mandatsträger und Abgeordnete. Ihre klare Forderung: Die Streichung der Corona-Hilfen für die Rehakliniken muss rückgängig gemacht werden. Erst jüngst hatte Markus Zwick, der Vorstandsvorsitzende der Johannesbad-Gruppe mit Sitz in Bad Füssing, medienwirksam auf die prekäre Situation der Branche aufmerksam gemacht. Auch Raphael Nguyen hat sich inzwischen an die politischen Entscheidungsträger gewandt.

In einem Brief an Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek stellte er die Situation schonungslos dar. Das Antwortschreiben aus München lässt zumindest etwas Hoffnung aufkeimen. „Bayern hat sich im Rahmen der 95. Gesundheitsministerkonferenz für ei-

nen Ausgleich der erhöhten Kosten in Folge der Inflation und der gestiegenen Energie- und Sachkosten eingesetzt“, schreibt Holetschek. Und weiter: „Im Rahmen des Beschlusses haben die Minister und Senatoren den Bund aufgefordert, für verschiedene Bereiche Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung zu ergreifen.“

Zusammen mit seinen Kollegen der CSU-Fraktion setzte sich in der vergangenen Woche der Chamer Stimmkreisabgeordnete Dr. Gerhard Hopp für die Reha-Einrichtungen in Bayern und der Region ein. Ein von der CSU-Fraktion am Donnerstag im Landtag eingebrachter Dringlichkeitsantrag zur Stärkung der Reha-Einrichtungen mit mehreren Forderungen an den Bund wurde vom Plenum beschlossen.

Landrat Franz Löffler wandte sich in einem Schreiben an die Mi-

nister Lindner (Finanzen), Lauterbach (Gesundheit) und Heil (Arbeit). Er forderte darin schnellstmöglich – wie von der Gesundheitsministerkonferenz beschlossen – eine gesetzliche Regelung, die als Inflationsausgleich einen 7-prozentigen Aufschlag auf die Vergütung vorsieht. Löffler weist dabei auf einen wichtigen Punkt hin: „Wenn dieser Ausgleich aber wie vorgesehen zwischen Kostenträgern und den Kliniken verhandelt werden soll, werden viele Einrichtungen dies allein aufgrund der langen Dauer der Verhandlungen nicht überleben.“

Um Unterstützung in Berlin will Geschäftsführer Raphael Nguyen nun auch bei der Stimmkreisabgeordneten Marianne Schieder (SPD) werben und hofft, dass sie die bereits ausgesprochene Einladung zu einem Gespräch vor Ort in Bad Kötzing annimmt. -hi-